

Die Widerstände gegen Extraktivismus und andere Entwicklungsprojekte sind konkret. Die Debatte darum muss allgemein geführt werden

Einige Thesen zu den Auseinandersetzungen um Neo – Extraktivismus, Entwicklungspolitik und der nötigen Demokratisierung solcher Projekte, die sich aus zwei Reportagen mit betroffenen Menschen ergeben

Von Helmut Weiss (LabourNet Germany) am 15. Oktober 2014

1. Widerstände gegen Großprojekte gibt es rund um die Welt – die gegen Extraktivismus sind nur ein Teil davon, wenn auch ein besonders breiter und wichtiger. Vor allem Bergbauprojekte (und Staudämme) in Lateinamerika haben (bei weitem nicht nur) in indigenen und ländlichen Gebieten heftigen Protest hervorgerufen, der auch seinen Widerhall in den Medien gefunden hat. Aber auch etwa Landverkauf für Entwicklungsprojekte in China oder Kambodscha – zumal oft genug mit Korruption verbunden – haben große Widerstände und Protestbewegungen hervorgerufen, wie auch die Bereitstellung von Land zur Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen etwa in Indien. Und es werden immer mehr Länder, in denen es solche Auseinandersetzungen gibt – so soll etwa Eisenerz in Uruguay und Tagebau in Ecuador gefördert werden. Konzepte entwickelt auch von Regierungen, die im politischen Spektrum eher links einzuordnen wären.

Und wenn man die beiden Erfahrungsberichte, die ich für diesen Diskussionsbeitrag aufgeschrieben habe durchliest, sieht man, daß eben wirklich jedes große Entwicklungsprojekt (und sowohl die beschriebene gesamte brasilianische Fleischindustrie als auch der Minerodukt gehören ohne Zweifel zu den ganz großen Projekten) unter vielem anderen auch bedeutet: Landnahme, Vertreibungen, Verdrängung traditioneller Landwirtschaft (oder Fischerei), Umweltschädigungen, weitere Schritte zum Verkehrskollaps – und jede Menge Jobs, die meisten weltweit bei Subunternehmen, unter keineswegs guten Bedingungen. Denn wenn gewaltige durchrationalisierte Schlachtfabriken und dazu gehörende chemisch bearbeitete Monokulturen sich ausbreiten, inklusive der nötigen Verkehrswege und des stets anfallenden besonderen Wasserverbrauchs sind das massive Veränderungen mit vergleichbaren Begleiterscheinungen, wie sie auch Bergbauprojekte mit sich bringen.

Es sind selbstverständlich auch keineswegs nur (wie auch immer) linke Regierungen, die solcherart Projekte verfolgen, beileibe nicht – wohl aber stoßen sie einerseits auf besonderen Widerstand, weil die Erwartungen an sie andere sind, als an Regierungen, die aus traditionellen herrschenden Kreisen gestellt werden und wohl auch gibt es besonders viele Debatten, weil ihre Begründung für solche Projekte eine andere ist (in der Regel wird argumentiert, dieses oder jenes Projekt seien Voraussetzungen für soziale Verbesserungen) und durchaus auch die realen sozialen Auswirkungen anders sind, so, dass zwar nach wie vor „die Mark“ den Unternehmen zukommt, „der Pfennig“ aber eher der Verteilung „ans



Volk“zugänglich ist . Es ist unbestreitbar, daß nicht zuletzt in Brasilien die zahlreichen Projekte, oft genug zentriert um Erzbergbau, generell aber der Exportwirtschaft, dazu beigetragen hat, die soziale Situation breiter Teile der Bevölkerung zu verbessern. Das Erdöl in Venezuela und das Erdgas in Bolivien spielen eine vergleichbare Rolle. In jedem Falle muß man sich bei dieser Debatte um Differenzierung bemühen, die nur daraus entstehen kann, sich die jeweilige, in der Regel komplexe, konkrete Situation möglichst genau zu verstehen versuchen.

2. Die erste Frage, die bei den ganzen Auseinandersetzungen rund um die Welt auftaucht ist: Partizipation. So gibt es, beispielsweise in Brasilien, aber auch in anderen Ländern, eine ganze Reihe von Einrichtungen, Komitees und was auch immer, die dazu dienen sollen, die je betroffene Bevölkerung einzubinden, zu Wort kommen zu lassen. Aber natürlich sind die Probleme existent: Wer sitzt in den Beiräten – wie es auch in den Reportagen deutlich wurde – wie sind sie organisiert, wie wird dazu mobilisiert und so weiter. Partizipation ist sozusagen die erste Frage, die sich erhebt, wenn man im Rahmen gutbürgerlicher Demokratie denkt – selbst bei dem Protest gegen das nicht besonders kluge Projekt Stuttgart21 gab es zahlreiche „Einwürfe“ in diesem Sinne – hätte man die EinwohnerInnen zuerst befragt, eingebunden, etc. Die Frage geht aber weiter, oder auch: tiefer. Diese Fragestellung hat aber auch viel Ähnlichkeit mit jener, die sich erhebt, wenn es um den Widerstand gegen Privatisierung geht: Ist die Alternative wirklich die, dass statt der Diktatur der Privatinteressen die Logik einer Bürokratie stehen soll? Die bezeichnendste Charakterisierung dieser Problematik war in Texten zu finden, die sich eben um Konzepte gegen Privatisierung drehten. Und es ist schon mehr als armselig, wenn dabei etwa gesagt wird, für die technische Überwachung etwa demokratisierter Energieversorgung gäbe es ja den TÜV: Mit solch einer Referenz dürfte der Kampf bereits verloren sein – bürokratisches können andere besser – und das eben gilt weltweit.

3. Kurz angedeutet war es in einem der vielen Kneipengespräche, wenn gesagt wurde, ohne solche Entwicklung durch zahllose und seit langem realisierte Großprojekte gäbe es ja noch die Indianer: Rassismen spielen eine wesentliche Rolle, nicht nur, aber sicher auch, quer durch Lateinamerika. Was wollen die blöden Indianer. So etwa die – durchaus verbreitete – Meinung, die aber auch etwa für Staudammprojekte in ländlichen Gegenden (nicht nur Brasiliens) gilt, wo dann die ländliche Bevölkerung (zumal etwa im brasilianischen Nordosten, aber auch im chilenischen Süden, oder im argentinischen Norden) meist durchaus indianischer Abstammung, die Fortschrittsbremser sein sollen. Als ein ganz aktuelles Beispiel mag der jetzige brasilianische Wahlkampf gelten: In dem die konservative Rechte den Kampf „gegen den Fortschritt“ den indigenen und afrobrasilianischen Bevölkerungsteilen zuschrieb. Was aber durchaus auch für andere Länder, nicht nur Lateinamerika gilt – ein vergleichbares Beispiel wäre etwa Myanmar, ginge aber auch Mexico – oder Südafrika, mitsamt allen Aversionen gegen Menschen aus den angrenzenden Staaten, die dort in den Zechen verheizt werden.

4. Nun gibt es die für uns spezielle Frage nach der Haltung der Gewerkschaften in diesem Komplex: Sie ist, kurz gesagt extrem ambivalent. In dem Sinne, dass es eben sehr unterschiedliche Aussagen gibt. Das eine Extrem: Die – durchaus, im Gegensatz zur BRD, auf dem linken Spektrum des Verbandes angesiedelte –

Chemie – Gewerkschaftsföderation in der brasilianischen CUT. Die, vor einigen Jahren, ein Programm zur Sicherung von Arbeitsplätzen erarbeitete, das eine Verdreifachung der Produktion von Plastiktüten vorsah... Das Andere: Die Bauarbeitergewerkschaft von Panama, SUNTRACS, die sich gegen das Projekt Bau eines neuen Kanals aussprach – obwohl die Regierung ganz, ganz viele Arbeitsplätze versprach. Wenn man dies einmal kurz mit der BRD vergleicht, wird deutlich: Man muss nicht so peinlich sein, wie eine teuronische Metallgewerkschaft, die sich für die Herstellung von Killer – Produkten stark macht, natürlich wegen der ARBEITSPLÄTZE, wie so manche politische Partei auch, allerdings am allerbesten, wenn schon so öde, die Mehrheitspartei. Oder eine Dienstleistungsgewerkschaft, die noch jeden Standort der Armee verteidigen will, vermutlich damit diese weiterhin problemlos afghanische Hochzeitsgesellschaften oder serbische Personenzüge bombardieren kann. Strategische Vorstellungen wären hier weitaus eher angebracht, wenn auch in Berufsgewerkschaftskreisen nicht besonders populär. Bedeutet Debatten – innergewerkschaftliche zunächst, gesellschaftliche danach, auch wenn beide von den je Oberen gefürchtet werden – um Produktionskonversion und: Arbeitszeitverkürzung...Zumal eben ein wesentlicher Komplex Bestandteil dieser Entwicklungsdebatte ist – beziehungsweise dringendst endlich werden müsste: Die Qualität der so viel zitierten Arbeitsplätze, wie es ja auch aus den Gesprächen in verschiedener Weise hervor ging. Ob es sich um Fragen handelt wie partielle Informalität oder, kontinental verbreitet, um die Beschäftigten zahlreicher jeweils beauftragter Subunternehmen, auch hier muss die Debatte konkret sein und gewerkschaftliches Handeln ist eigentlich vorausgesetzt, was bei weitem nicht immer erfüllt wird. Einfach einen Katalog von Bedingungen publizieren, die interessierten Investoren sozusagen vorgelegt werden, wie es manches Mal geschah, scheint hier keinesfalls weiter zu helfen.

5. Gegenüber den traditionellen Auffassungen und Debatten um Entwicklungspolitik, wie sie vor allem nach 1945 geführt wurden, unterscheiden sich die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in mehreren Punkten. Zum einen ist in den letzten 40 Jahren die „ökologische Frage“ als gesellschaftliches Thema hinzugekommen, im gutbürgerlichen Diskurs mit der Eigenschaft „Nachhaltigkeit“ beantwortet. Zweitens ist auch die Erfahrung mindestens zweier Generationen mit dieser Art Entwicklungspolitik in die heutigen Auseinandersetzungen eingeflossen – die vielen so schönen wie oft leeren Versprechungen der Vergangenheit wiegen durchaus und kaum ein Konzept kann heute noch lediglich Entwicklung und Wirtschaftswachstum faktisch gleichsetzen. Was in der aktuellen Debatte weiterhin auffällt ist, dass dabei die Kritiken zunehmen, die zu Recht darauf verweisen, dass insbesondere die Exportförderung eben auch ein Zurück zu früheren kolonial geprägten Verhältnissen ist, dass also mit solchen Projekten immer auch die Absichten, die auf eine irgendwie geartete eigenständige Entwicklung gerichtet waren, aufgegeben werden beziehungsweise wurden. Viertens sind in einer ganzen Reihe von Ländern die demokratischen Forderungen und Einwände weitaus populärer, verbreiteter und oftmals auch verinnerlicht im Vergleich zu Zeiten, da die Regierungspolitik als Weisheit letzter Schluß betrachtet wurde. Dies wird auch von einer veränderten, selbstbewussten Haltung etwa indigener oder sonstiger ländlicher Gemeinschaften repräsentiert.

6. Zwei konkrete Fragen sind es demnach vor allem, die als ein Fazit dieser hier praktizierten Herangehensweise sich ergeben, aus den zahlreichen Gesprächen

mit Menschen, die in verschiedenen Verhältnissen zu solchen Großprojekten stehen, Schlussfolgerungen zu ziehen. Zum einen ist es die Frage der Demokratie, in erster Linie in der Debatte um solche Projekte: Wie ist „Partizipation“ wirklich realisiert, ist sie etwa in eine gesamtgesellschaftliche Debatte eingebettet oder nur dazu da, Widerstände qua Auswuchsbeseitigung zu reduzieren? Wird demnach „ergebnisoffen“ diskutiert oder sollen Projekte durchgesetzt werden...Und wie sehen die realen Veränderungen aus, was Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit betrifft, gibt es hier Verbesserungen oder wird dabei eine rein quantitative Veränderung in den Fokus gestellt, wie es etwa auch in der BRD heutzutage geschieht, wenn Beschäftigung gesagt wird, nicht aber prekär?

Zum Hintergrund:

Breite Proteste, viele Debatten – und worum es dabei gehen müsste: Neo-Extraktivismus und Entwicklungspolitik



Es ist ein kleines Projekt des LabourNet Germany (gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der wir hiermit danken!) angesichts der nun schon länger andauernden und komplex geführten Auseinandersetzungen und Debatten um Neo-Extraktivismus, vor allem, aber längst nicht nur in Lateinamerika. Drei Beiträge von Helmut Weiss zur Thematik sollten diese Debatte vertiefen, in die breitere Debatte um Entwicklungspolitik einordnen und vor allem die Betroffenen selbst zu Wort kommen lassen. [Siehe das Projekt im LabourNet Germany](#)